

## Protokoll Nr. 19 (2015-2019)

### der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Integration, Soziales und Kultur“ am 06.02.2019 im Ortsamt

Beginn: 18:00 Uhr                      Ende: 19:20 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Fachausschuss                      Gudrun Eickelberg  
   Almut Haker  
   Gabriele Schmidt  
   Bernd Wundersee
  
- b) vom Ortsamt                                      Sarai Auras  
   Dr. Karin Mathes
  
- c) als Gäste    Axel Brase-Wentzell, Bertold Reetz (Innere Mission), Jens Körber  
   (Der Senator für Inneres), Ralf Raschkewitz (Polizeirevier  
   Schwachhausen)

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll Nr. 18 der Fachausschusssitzung am 17.12.2018 wird ebenfalls genehmigt.

#### **TOP 1: Wohnungslose im Nelson-Mandela-Park: Situation, Entwicklung und Perspektiven**

Wie Frau Dr. Mathes eingangs erwähnt, sei auf der letzten Beiratssitzung festgelegt worden, dass der Fachausschuss „Integration, Soziales und Kultur“ die Problematik um den Aufenthalt von Wohnungslosen im Nelson-Mandela-Park behandeln möge.<sup>1</sup>

Herr Raschkewitz führt hierzu aus, dass er sich in der vergangenen sowie dieser Woche mehrfach ein Bild vor Ort gemacht habe. Er habe im Nelson-Mandela-Park zwei Zelte ausgemacht, die kaputt und durchnässt und nicht mehr in Benutzung gewesen seien. Sie seien heute vom Umweltbetrieb Bremen entfernt worden. Im Januar habe es laut Herrn Raschkewitz keine Übernachtungen mehr im Nelson-Mandela-Park gegeben. Zudem habe er auf der gegenüberliegenden Seite im Parkstreifen zwischen dem Hermann-Böse-Gymnasium und dem Spielplatz viel Abfall, Unrat, Spritzenbestecke etc. festgestellt.

Wie Herr Reetz berichtet, liege das zentrale Problem in dem mangelnden preisgünstigen Wohnraum. Schätzungen zufolge gebe es in Bremen 500 bis 600 Wohnungslose – die Zahl habe sich in den letzten Jahren fast verdoppelt. Die Anzahl der Notunterkunftplätze reiche aus, jedoch möchte nicht jeder einen solchen Platz in Anspruch nehmen. Die Gründe seien insbesondere, dass Obdachlose ihre Hunde nicht mitbringen dürften, Stolz, Ängste vor Diebstahl, vor Verlust ihrer Platte und mit einer anderen Person ein Zimmer zu teilen, da es sich oft um Doppelzimmer handele. Die Innere Mission strebe an, Zimmer für Hunde bereitzustellen, wobei noch eine Klärung mit der Gesundheitsbehörde zu erfolgen habe. Für Wertgegenstände gebe es Schließfächer, um Diebstähle zu verhindern. Für Männer habe die Innere Mission 40 Plätze im Rembertiring, 30 bis 35 Plätze auf der Brake, 38 Plätze für Männer und Frauen in der Neuwieder Straße sowie 25 bis 27 Plätze für Frauen in der Abtentorstraße. Im Falle einer vollständigen Belegung werde jedoch niemand abgewiesen. Bürger\*innen aus Rumänien und Bulgarien hätten in der Regel keinen Anspruch auf einen Platz in einer Notunterkunft, dürften jedoch bei Temperaturen um unter fünf Grad Celsius aufgenommen werden. Weiter führt Herr Reetz aus,

---

<sup>1</sup> Weitere Informationen finden sich auch im Protokoll der Beiratssitzung vom 13.12.2018 unter [Protokoll Nr. 35](#).

dass es zahlreiche Hilfemaßnahmen und Unterstützungen gebe, zum Beispiel stehe bis Ende März an der Nordseite des Hauptbahnhofs ein beheizter Bus der BSAG bereit, der von Streetworkern betreut werde. Im Anschluss solle eine neue Aufenthaltsmöglichkeit in der Nähe des Intercityhotels mit einem Unterstand sowie einer behindertengerechten Toilette fertiggestellt sein. Zudem gebe es verschiedene Anlaufstellen wie die Bahnhofsmission, das Café Papagei oder der Bremer Treff.

Wie Herr Reetz erläutert, habe der alte Güterbahnhof aus Brandschutzgründen geräumt werden müssen. Dort hatten sich 15/ 16 Personen Hütten errichtet. Die Vermutung, dass diese Personen vom Güterbahnhof in den Nelson-Mandela-Park ausgewichen, sei folglich nicht eingetreten. Im Park sei es mittlerweile ruhiger geworden.

Herr Reetz hält es für besonders wichtig, aktiv Plätze anzubieten, an denen sich Wohnungslose aufhalten dürfen und von denen sie nicht vertrieben werden. Es sollten dezentrale kleine Orte geschaffen werden, die sich möglichst gleichmäßig über die Stadt verteilen. Er weist darauf hin, dass die Wohnungslosen nicht weniger würden, wenn sie vertrieben würden, sondern sie suchten sich neue Orte, an denen sie unter Umständen nicht erwünscht seien. Bezugnehmend auf den Nelson-Mandela-Park schlägt er vor, zwei bis drei Bänke an einem Ort abseits der Nachbarschaft aufzustellen, an dem sich Wohnungslose aufhalten könnten und an dem die Nachbarschaft möglichst nicht beeinträchtigt werde.

Herr Körber erläutert, dass im vergangenen Jahr im Auftrag des Senats ein Programm für mehr Sauberkeit, Sicherheit und Aufenthaltsqualität am Bahnhof initiiert worden sei. Dieses beinhalte unter anderem die Sicherheit, Gestaltung, Sauberkeit und beziehe auch die Anrainerinteressen ein. Am Bahnhof konzentrierten sich Wohnungslose, Alkohol- und Drogenabhängige und es komme verstärkt die Polizei zum Einsatz. Dem solle entgegengewirkt werden. Er sieht die augenscheinliche Verlagerung von Wohnungslosen nur zum Teil dem Sicherheitsprogramm geschuldet, sondern eher in der steigenden Anzahl an Wohnungslosen, die vor allem auf die Immigranten aus Osteuropa zurückzuführen sei. Im Nelson-Mandela-Park könnten die Konflikte entschärft werden, indem angestrebt werde, die Anzahl an Wohnungslosen dort zu verringern. Es sei wichtig, Angebote und Treffpunkte für Wohnungslose weiter auszubauen und die Behörden erarbeiteten derzeit Lösungen. Des Weiteren betont Herr Körber, dass es sich beim Aufstellen von Zelten um eine genehmigungspflichtige Sondernutzung handele, die demnach in den betreffenden Fällen verboten sei. Das Nächtigen im Freien hingegen sei gestattet, es müsse jedoch beachtet werden, dass liegengeliebene Schlafsäcke oder Ähnliches gegebenenfalls durch Reinigungsaktionen entsorgt würden. Im Falle einer Meldung über aufgestellte Zelte wende sich die Polizei zunächst an die Innere Mission, sodass Streetworker direkt mit den betroffenen Wohnungslosen nach Lösungen suchten.

Herr Middendorf (Anwohner aus der Blumenthalstraße) bemängelt den Zustand im Nelson-Mandela-Park. Er kritisiert, dass die Innere Mission den Wohnungslosen Zelte zur Verfügung stelle, obwohl das Aufstellen von Zelten nicht gestattet sei. Zudem möchte er wissen, ob eine öffentliche Versammlungsstätte und das Zelten im Park erwünscht seien, da die Polizei präsent sei, aber nicht einschreite.

Herr Reetz erwidert, dass die Innere Mission dankenswerterweise von Bürger\*innen Spenden wie Isomatten, Schlafsäcke, Zelte etc. zur Verfügung gestellt bekomme, die den Wohnungslosen ausgehändigt würden. Die Streetworker wiesen die Wohnungslosen darauf hin, dass das Zelten im öffentlichen Raum nicht gestattet sei und suchten gemeinsam nach geduldeten Plätzen bzw. Alternativen, sollten sie am entsprechenden Ort nicht erwünscht seien. Es werde nicht vermittelt, dass die Zelte im Nelson-Mandela-Park aufgestellt werden sollen.

Herr Körber wiederholt, dass das Zelten im öffentlichen Raum nicht gestattet sei. Aufgrund des menschlichen Aspektes werde jedoch eine behutsame Vorgehensweise verfolgt. So werde von polizeilichen Räumungsaktionen abgesehen und auf Streetworker oder auch Kontaktpolizisten gesetzt, die den Menschen vor Ort unter Umständen bereits bekannt sind. Um das Zelten zu verhindern, sei es wichtig, Unterstände zu schaffen. Auch er halte es für wünschenswert einen tolerierten Platz im Nelson-Mandela-Park für Wohnungslose zu schaffen.

Frau Eickelberg ergänzt, dass jeder sich an öffentlichen Orten aufhalten dürfe, unabhängig vom Aussehen oder ähnlichen Faktoren. Die allgegenwärtige und steigende Armut könne und solle nicht versteckt oder von Armut Betroffene in städtische Randlagen abgeschoben werden.

Gemäß Frau Schmidt müsse mehr adäquater Wohnraum geschaffen und mehr Angebote für Wohnungslose entwickelt werden. Sie möchte wissen, warum nicht Großzeltplätze eingerichtet werden könnten, zum Beispiel auf einer Wiese im Bereich der Universität, so wie es bereits für Flüchtlinge gehandhabt worden sei.

Herr Körber antwortet, der Sozialbehörde sei die Relevanz um die Bereitstellung eines angemessenen Wohnraums bewusst. Ein geordneter Ablauf sei jedoch äußerst wichtig und die Eröffnung eines Großzeltplatzes sei nicht zielführend. Es würden intensiv Lösungen erarbeitet, die Umsetzung benötige jedoch Zeit.

Herr Wundersee merkt an, dass neben den Wohnungslosen auch die Anwohnerschaft nicht zu kurz kommen dürfe. Er möchte wissen, ob im Bereich der Sitzreihen am Antikolonialdenkmal, wo häufig „Alkoholexzesse“ stattfänden, Überfälle bekannt seien.

Herr Körber erwidert, dass in den Jahren 2017/ 2018 unter anderem zwei Raubüberfälle, eine Vergewaltigung sowie einige Betäubungsmitteldelikte bekannt geworden seien, aber dort keine Kriminalitätshäufung vorliege. Er hebt hervor, dass die Straftaten nicht einer bestimmten Klientel zugeordnet werden könnten.

Die Fachausschussmitglieder sind sich einig, die Errichtung eines Aufenthaltsortes für Wohnungslose im Nelson-Mandela-Park, unter Berücksichtigung einer möglichst geringen Beeinträchtigung der Anwohner\*innen, zu unterstützen.

Zudem kann der Fachausschuss sich vorstellen, dass der Beirat das Vorhaben mit Globalmitteln unterstützt.

Die Fachausschussmitglieder wünschen sich eine Berichterstattung über die weitere Entwicklung und es wird festgehalten, dass der Beirat und das Ortsamt bei der Auswahl eines geeigneten Ortes einbezogen werden. Zudem soll die Anwohnerschaft involviert werden.

## **TOP 2: Verschiedenes**

### Kontaktdaten der Verkehrsüberwachung

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass das Ordnungsamt sich in die beiden Bereiche Ordnungsdienst und Verkehrsüberwachung des ruhenden Verkehrs gliedere. Würden Verstöße des ruhenden Verkehrs auffällig, bittet sie darum, sich direkt – gegebenenfalls mit Foto – an die Verkehrsüberwachung unter [verkehrsueberwachung@ordnungsamt.bremen.de](mailto:verkehrsueberwachung@ordnungsamt.bremen.de) zu wenden.

### Nächste Sitzung

Der Fachausschuss verständigt sich darauf, dass in einer nächsten Sitzung die aktuellen Planungen und Bedarfe der öffentlichen Spielplätze in Schwachhausen vorgestellt werden, unter anderem auch aus dem Grund, dass es beim Fachdienst Spielraumförderung eine neue Zuständigkeit gibt.

Die nächste Sitzung soll zwischen dem 06.05. und 09.05.2019, am 13.05.2019 oder am 15.05.2019 um 18:00 Uhr im Ortsamt stattfinden.

Sprecherin

Vorsitz

Protokoll

Eickelberg

Dr. Mathes

Auras